

Politik

Heinrich: SPD plant Sozialismus und Enteignung der Praxen

Der Bundesvorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dr. Dirk Heinrich, hat die aktuellen Gesetzesvorschläge der SPD als „unverschämt“ zurückgewiesen. „Noch sind wir Freiberufler und selbstständig – unsere Praxen gehören nicht Herrn Lauterbach und auch nicht der gesetzlichen Krankenversicherung“, betonte Heinrich.

Wer als niedergelassener Arzt Privatpatienten bevorzugt behandelt, soll nach einem Gesetzesvorschlag der SPD mit Geldbußen und Zulassungsentzug bestraft werden. Für Heinrich wäre ein entsprechender Eingriff in das Terminmanagement der Praxen ein unzulässiger Eingriff in die Eigentumsrechte. „Die SPD plant offenbar ein sozialistisches Gesundheitssystem und die Enteignung der niedergelassenen Ärzte“, ärgerte sich der Verbandsvorsitzende.

Die Vertragsärzte hätten sich zwar verpflichtet, 20 Stunden Sprechstunde für gesetzlich Krankenversicherte anzubieten. „Was wir danach machen, ist aber unsere Privatangelegenheit. Vielleicht wären nicht so viele Kollegen gezwungen, Privatprechstunden anzubieten, wenn sie für die GKV-Patienten anständig bezahlt würden“, gab Heinrich zu bedenken. Doch das habe unter anderem die SPD selbst in der Vergangenheit verhindert. „Ich habe ja auch nichts gegen ein einheitliches Vergütungsniveau – aber die GKV-Honorare müssten dann denen der PKV angeglichen werden – nicht umgekehrt.“

Quelle: eilmeldung_bounce@facharzt.de – 7.2.2011

Spahn fordert: Praxis-Termine innerhalb von drei Wochen und nur noch Zweibettzimmer in Kliniken

Kassenpatienten sollen in Krankenhäusern künftig nur noch im Zweibettzimmer untergebracht werden – oder zehn Euro pro Tag sparen. Das schlägt der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn (CDU), in einem Papier für das Versorgungsgesetz vor, das die Koalition in den nächsten Monaten präsentieren will.

Spahn konkretisiert damit einen Vorschlag vom Dezember. „Klarer Pluspunkt dieser Regelung: Der Patient profitiert direkt!“, schreibt er. Bei Unterbringung etwa in einem Vierbettzimmer müsste man demnach nicht die Zuzahlung von zehn Euro pro Tag zahlen. Diese ist maximal 28 Tage pro Jahr fällig - den Kliniken entgingen also pro Patient bis zu 280 Euro im Jahr. Als Alternative schlägt Spahn vor, dass die Krankenkasse die normale Bezahlung der Klinik um beispielsweise zehn Euro senkt, wenn der Patient im Vier- oder Sechsbettzimmer liegt. Das eingesparte Geld bliebe im Ge-

Blitzinformation

sambudget der Kliniken - im Jahr darauf könnte es wieder verteilt werden.

Beim niedergelassenen Arzt sollen Patienten Spahn zufolge künftig nur noch drei Wochen auf einen Termin warten müssen - auch bei Spezialisten wie etwa Pneumologen, bei denen gesetzlich Versicherte heute oft monatelang warten müssten.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) warnte in der „Welt“ davor, nur noch Zweibettzimmer zuzulassen. Rund ein Drittel der Betten pro Krankenhaus stehe in Drei- oder Vierbettzimmern. DKG-Geschäftsführer Georg Baum sagte: „Das Aufzwingen von Zweibettzimmern würde dazu führen, dass ein Drittel der Krankenhausbetten den Patienten von heute auf morgen nicht mehr zur Verfügung ständen.“

Spahn ergänzte, dass die 520 Millionen Euro erhalten bleiben sollen, die die Krankenhäuser derzeit von den privaten Krankenversicherungen bekommen. Damit wird die Unterbringung ihrer Versicherten in Ein- oder Zweibettzimmern bezahlt.

Kritik an Spahns Vorschlägen kam von der Fraktion Die Linke: "Nichts spricht dagegen, Zweibettzimmer zur Regel zu machen. Dafür jedoch die Krankenhäuser zu Einsparungen zu zwingen, die dann zulasten der Versorgung gehen, ist fahrlässig. Herrn Spahn ist offensichtlich eine populistische Forderung wichtiger als eine gute Versorgung", monierte Martina Bunge, die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion.

„In den Krankenhäusern fehlen 70.000 Pflegekräfte, es besteht ein Investitionsstau von 50 Milliarden Euro, es fehlen Hygienefachkräfte und vieles mehr. Als Lösung präsentiert Herr Spahn, die Krankenhäuser wegen Mehrbettzimmern zu sanktionieren. Schlägt Herr Spahn als Nächstes vor, wenn Ärzte fehlen, die Sitzplätze in den Wartezimmern von Arztpraxen verpflichtend zu polstern“?

Quelle: eilmeldung_bounce@facharzt.de – 3.2.2011